

**Ergebnisprotokoll**  
**der Sondersitzung der staatlichen und der städtischen Deputation für Umwelt, Bau,  
Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 08.08.2017**

Beginn: 16.30 Uhr

Ende: 17.45 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Meyer  
Herr Staatsrat Deutschendorf

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Frau Schiemann  
Herr Pohlmann  
Frau Schiemann  
Frau Sprehe

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Imhoff  
Herr Schwarz  
Herr Scharf  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer  
Herr Bücking

**Die Linke**

Herr Janßen  
Frau Bernhard

**FDP-Fraktion**

Herr Schomaker  
Herr Buchholz

**II Verwaltung**

Frau Rüpke  
Frau Kamp  
Herr Dr. Sünemann  
Herr Dr. Kountchev  
Herr Dr. Marti  
Herr Eichler  
Herr Weiß  
Frau Holdhoff  
Frau Rosenkranz  
Frau Rübke-Ohlmeyer  
Frau Kulmann  
Frau Zimmermann  
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr

**Herr Pohlmann** begrüßt die Mitglieder und Gäste der Sondersitzung der staatlichen und der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

**Herr Pohlmann** weist auf die vorliegenden Neufassungen zur Vorlage und zum Wirtschaftsplan des SV Infra hin.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Aufstellung der Haushaltsentwürfe 2018/2019 -1-</b>	Vorlage 19/302 <b>L/S</b>
-------	--	------------------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** erläutert die Vorlage. Die Aufstellung der Haushalte erfolge für 2018/2019 das erste Mal strikt getrennt nach staatlichem und städtischem Haushalt. Zusätzlich werde ein Beitrag aus den Sondervermögen von insgesamt jeweils 50 Mio. € pro Jahr zu erbringen sein. Darüber werde gesondert beschlossen. Zusätzlich wurden die Verstärkungsmittel vom Senat beschlossen, die Verteilung auf einzelne Projekte erfolge in den nächsten Wochen. Das Ressort finde sich dort vor allem im Bereich „Saubere und sichere Stadt“ wieder.

**Frau Bernhard** möchte wissen, ob es stimme, dass die Verstärkungsmittel überbucht seien und wie die weiteren Planungen dazu aussehen. Im Integrationsbudget waren 24 Stellen für den Bereich Bau bewilligt worden, gleichzeitig werden hier bereits 6 Stellen wieder abgebaut. Hinzu komme die PEP Quote. Die Personalknappheit werde also auch weiterhin schwere Probleme verursachen, wie aktuell gerade in der Wohngeldstelle. Sie möchte wissen, wie damit umgegangen werde. Weiter fragt sie, an welcher Stelle sich der Unternehmensbeitrag der Gewoba wiederfinde. Bedeute der Liquiditätsbeitrag der Sondervermögen faktisch eine Kürzung, die dazu führen könnte, dass bestimmte Investitionen in den Jahren 2018/19 nicht erfolgen können? Erfreulich sei, dass die Mittel des Programms „Soziale Stadt“ in Gänze kofinanziert werden können.

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass die Verstärkungsmittel vor der Sommerpause überzeichnet waren. Zum Teil waren aber auch noch Redundanzen vorhanden. Über die Verwendung dieser Mittel werde noch gesprochen. Das Ressort habe darauf hingewiesen, dass die Bedarfe an Stellen im Zusammenhang mit dem Integrationsbudget auch weiterhin bestehen, gerade im Bereich der Baugenehmigungen, aber auch bei der Verkehrserschließung, für Umfeldmaßnahmen usw.. Dies sei Gegenstand von Gesprächen. Der Liquiditätsbeitrag der Sondervermögen solle so gesteuert werden, dass er nicht als Kürzung spürbar sei. Erfahrungsgemäß komme es immer wieder bei einzelnen Projekten zu Verzögerungen, so dass Gelder, z. T. mehrstellige Millionenbeträge, nicht zum geplanten Zeitpunkt abfließen. Es werde darauf geachtet werden, dass umsetzungsreife Projekte nicht darunter leiden.

**Frau Rüpke** erklärt, dass der Beitrag der Gewoba nicht haushaltsrelevant verarbeitet sei, sondern die Mittel für Projekte reserviert seien. Darüber entscheide der Senat, aber diese Mittel seien nicht in die Haushaltsaufstellung integriert.

**Herr Staatsrat Meyer** ergänzt, dass man sich den Beitrag der Sondervermögen so vorstellen könne, dass eine gegenseitige Deckung der Sondervermögen herstellt werde. Das Ressort habe in den nächsten beiden Haushaltsjahren die PEP Quote für bürgernahe Bereiche und Ämter gewährt bekommen, insofern sei man etwas besser gestellt als zuvor.

**Herr Eichler** trägt die Stellungnahme des Personalrats vor. Diese Stellungnahme liegt dem Protokoll als Anlage bei.

**Frau Sprehe** stellt fest, dass zwar für die Erhaltung der Brücken mehr Geld vorgesehen sei und ebenso für den Erhalt der Radwege. Aber für den Erhalt der Straßen werde seit Jahren ein zu geringes Budget eingeplant. Der Zustand der Straßen werde immer schlechter und die auszuführenden Arbeiten teurer. Vielleicht sei hier doch noch eine Erhöhung des Budgets möglich.

**Frau Dr. Schaefer** erklärt, dass es gelungen sei, die meisten und wichtigsten Projekte weiterhin im Haushalt darzustellen. Ein ganz wichtiger Teil sei der Hochwasserschutz. Sie bittet darum, gerade in Bremen Nord Stadtentwicklung und Hochwasserschutz gemeinsam zu planen. Hierfür müssten Planungsmittel bereitgestellt werden. Die PEP-Quote sei ausgereizt, die Frage sei, wie man damit umgehe. Damit werde man sich in Zukunft beschäftigen müssen.

**Herr Bücking** führt aus, dass man immer auch das Ganze im Blick behalten müsse. Man befinde sich mit dem Sanierungskurs im letzten, schwierigsten Jahr. Das vorliegende Zahlenwerk könne man verantwortliche Politik für die nächsten zwei Jahre nennen. Die Schwerpunktsetzung im Bereich Sicherheit und Bildung sei richtig. Es sei ebenfalls richtig, alles dafür zu tun, dass das Wirtschaftswachstum in der Stadt stabil gehalten werde und es sei richtig, den Wohnungsbau so zu organisieren, dass Bremen Einwohner gewinnen könne.

**Herr Janßen** findet, dass im Haushalt in erster Linie drinstehe, dass es so weiter gehe wie bisher. Mit kleinen Schwankungen an der ein oder anderen Stelle. Die einzige Neuerung liege in der Zuständigkeit der Senatorin für Finanzen, was bedeute, dass diese Deputation über die einzige Steuerungsmöglichkeit gar nicht beraten könne, sondern sich darüber der Senat einigen müsse. Es wäre auch gut gewesen, eine Auflistung zum Integrationsbudget zu bekommen.

Der Personalrat habe sehr eindrücklich geschildert, was die Personalsituation für die Kolleginnen und Kollegen bedeute.

Er kritisiert, dass die Mittel gesenkt werden, die der BSAG zugeführt werden

**Herr Hamann** fragt nach dem Einsatz von automatisierten Verfahren und e-Government.

**Herr Imhoff** erklärt, dass seine Fraktion der Meinung sei, dass in diesem Haushalt die falschen Prioritäten gesetzt werden und ihn deshalb in Gänze ablehne. Regelaufgaben werde man mit diesem Haushalt in den nächsten zwei Jahren nicht mehr bewältigen können. Die PEP-Quote sei ein selbstgesetztes Korsett, wodurch der Service an den Bürgerinnen und Bürgern eingeschränkt werde.

**Herr Buchholz** stellt fest, dass zwar ein wenig Bewegung in diesem Haushalt zu erkennen sei, das Bemühen allein reiche jedoch nicht aus, insbesondere im investiven Haushalt. Die Aufstockungen gerade im Bereich der Verkehrsinfrastruktur seien einerseits zu begrüßen, aber sie reichen nicht, sondern damit könne gerade der Status Quo erhalten und die Verkehrssicherheit hergestellt werden. Stattdessen stehe immer noch ein Wunschprojekt in der Planung, nämlich die Radbrücke über die Weser. Diese könne man machen, wenn man auch das Geld dafür habe. Aber die eigentlichen Probleme, die maroden Brücken für den gesamten Kraftverkehr, werde man so nicht lösen.

Die Anträge der Beiräte seien sehr zeitig eingegangen und es war sehr viel Zeit, diese Anträge gründlich zu bearbeiten. Umso mehr ärgere ihn, dass diese erst heute ausführlich vorliegen. Es wäre gut gewesen, in begründeten Einzelfällen noch einmal mit den betroffenen Ortsämtern sprechen zu können. Die Bescheide an die Beiräte seien mehr als ärgerlich, denn im Grunde genommen werden diese fast nur hingehalten oder bekommen die Antwort: „wir können es leider nicht umsetzen, weil...“. Das sei zu wenig, wenn man die Beiräte ernst nehme. Die marode Infrastruktur sei ein Thema, das immer wieder von den Beiräten und von den Bürgerinnen und Bürgern angesprochen werde. Aber dafür fehlten die Mittel. Insgesamt werde seine Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen.

**Herr Pohlmann** führt aus, dass dieser Haushaltsentwurf eine klare Schwerpunktsetzung beinhalte, den Ansprüchen der wachsenden Stadt gerecht zu werden und auch einem weiteren

Auseinanderdriften unserer Stadtgesellschaft entgegen zu wirken. Deshalb sei es außerordentlich positiv, dass es gelungen sei, das, was auf Bundesebene mehr an Mitteln der Städtebauförderung und weiterer Programme zur Verfügung gestellt werde, auch für Bremen und Bremerhaven zu realisieren. Die PEP-Quote habe eine Geschichte, aber in vielen Bereichen sei man auch am Ende der Fahnenstange angekommen.

**Herr Senator Dr. Lohse** erinnert daran, dass die Regeln des Stabilitätsrates eingehalten werden müssen. Zur Frage nach IT-gestützten Verfahren erklärt er, dass solche erfahrungsgemäß in der Einführungsphase Mehrarbeit erfordern. Die Entlastung trete dann erst später ein. In verschiedenen Bereichen im Ressort seien solche Verfahren eingeführt, dies führe aber erst mittel- bis langfristig zu einer Entlastung. Die Ergebnisse aus dem PINTA-Prozess würden genutzt, um bei Personalfuktuation zu prüfen, ob eine Aufgabe im bisherigen Aufgabenzuschnitt nachbesetzt oder ggf. auch in verändertem Cluster wahrgenommen werden könne. Das Ressort werde seine gesetzlichen Aufgaben auch weiterhin wahrnehmen.

**Herr Staatsrat Meyer** weist darauf hin, dass die Schwerpunktmittel nach der Priorisierung im Senat auch dem Parlament als Haushaltsgesetzgeber vorgelegt werden.

**Frau Dr. Schaefer** stellt klar, dass es nicht selbstverständlich gewesen sei, den Haushalt einfach so fortzuschreiben. Dies war nicht immer so gelungen, sondern in den letzten Jahren habe es massive Kürzungen gegeben. Es war ein Kraftakt und es sei gut gelungen, diesen Haushalt so fortschreiben zu können. Im Haushaltsentwurf seien für 2018 zehn Millionen mehr investive Ausgaben vorgesehen, als 2017. Wem das immer noch zu wenig sei, der müsse auch ehrlicherweise darüber reden, wie die Einnahmen erhöht werden könnten.

**Frau Neumeyer** möchte wissen, ob für die Entwicklung des Geländes der Galopprennbahn analog der Entwicklung der Gartenstadt Werdersee Planungsmittel in den Haushalt eingestellt werden.

**Herr Senator Dr. Lohse** antwortet, dass dafür im Haushalt der WFB Mittel ausgewiesen werden.

Beschluss:

- 1) *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Inhalt der Vorlage inklusive der Anlagen zur Kenntnis.*
- 2) *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Haushaltsvoranschläge und den Entwurf des Wirtschaftsplans des Sondervermögens Infrastruktur zur Kenntnis.*
- 3) *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bestätigt die Darlegungen nach Art. 131a BremLV.*

Zu 1. und 2. Kenntnisnahme

Zu 3.: Zustimmung bei Ablehnung der Fraktionen CDU und FDP

- 4) *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Inhalt der Vorlage inklusive der Anlagen zur Kenntnis.*
- 5) *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Haushaltsvoranschläge und den Entwurf des Wirtschaftsplans des Sondervermögens Infrastruktur zur Kenntnis.*

- 6) *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bestätigt die Darlegungen nach Art. 131a BremLV.*

Zu 4. und 5. Kenntnisnahme

Zu 6.: Zustimmung bei Ablehnung der Fraktionen CDU und FDP

TOP 3	<b>Verschiedenes</b>	
-------	----------------------	--

Auf Wunsch von **Herrn Strohmann** berichtet **Herr Senator Dr. Lohse** über die aktuelle Situation im Bereich der **Genehmigung von Großraum- und Schwerlasttransporten**. In Bremen seien in den letzten Wochen, auch bedingt durch den Sommerurlaub, die Bearbeitungszeiten angestiegen. Man habe zwar schon frühzeitig angefangen, mit Personal gegenzusteuern, dieses werde aber aktuell noch eingearbeitet. Gemeinsam mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen habe er für den kommenden Montag die Speditionswirtschaft zu einem Gespräch eingeladen, auch um zu erörtern, was auf deren Seite an Möglichkeiten bestünden. Auf Bundesebene wurden Regularien verschärft, wie viele Anträge zu stellen seien. Dies führe zu einer Vielzahl an „Blindanträgen“, es sei beispielsweise ein Unternehmen bekannt, das über 700 Anträge gestellt habe, von denen mehr als 600 Transporte nie stattgefunden haben. Dieses Problem bestehe flächendeckend, auch in anderen Bundesländern. In der nächsten Deputations Sitzung werde er über das Gespräch berichten.

Auf die Frage von **Herrn Imhoff**, ob eine Befassung der Deputation zu **Schließung der Recyclingstation Huchting** geplant sei antwortet **Frau Kamp**, dass dazu noch Gespräche und Verhandlungen mit dem Beirat laufen. Grundsätzlich werde es im Falle einer Schließung eine Deputationsbefassung geben.

**Herr Pohlmann** schließt die Sondersitzung der staatlichen und der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll

Anlage

## Stellungnahme des Personalrates zum Haushaltsentwurf 2018/2019 des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Personalrat beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr stellt fest, dass er den Haushaltsentwurf erst vor wenigen Tagen erhalten hat. Zuvor wurden dem Personalrat nur einige wenige Zahlen mündlich mitgeteilt. Den Stellenplan hat der Personalrat erst am Freitag vor der Sitzung erhalten und entgegen der Aussage in der Deputationsvorlage, kann von einer Erörterung noch nicht wirklich gesprochen werden.

Der Personalrat stellt fest, dass mit der Dienststellenleitung schon im Entwurf des Haushaltsplanes keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Der Personalrat kann PEP-Quoten nicht vertreten. Nach § 67 Absatz 2 des BremPersVG hat der Leiter der Dienststelle daher den Vorentwurf zum Haushaltsplan zusammen mit der abweichenden Stellungnahme des Personalrates weiterzugeben. Was auch eingefordert wird.

Als Vertretung der Beschäftigten liegt der Fokus der Stellungnahme natürlich auf dem Personalhaushalt.

In unserer Stellungnahme zu den Entwürfen des letzten Doppelhaushaltes haben wir schon berichtet, dass in der Behörde des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr in der Zeit von Oktober 2014 bis Ende 2015 eine umfangreiche Aufgabenkritik durchgeführt wurde. Dabei wurden über 1.000 Aufgaben identifiziert und analysiert. Ziel war es, Entlastungspotenziale zu finden um die Arbeitsverdichtung der vergangenen Jahre ein wenig zu mindern. Der Bericht sah unter Berücksichtigung der tatsächlichen Krankenquote, bereits erfolgtem Personalabbau und Umsetzung eher langfristiger Maßnahmen, für 2016 und 2017 zusammen noch ein Entlastungspotenzial im Umfang von 3 Vollzeitstellen vor. Voraussetzung hierfür war die Umsetzung zahlreicher Maßnahmen, die zu optimierten Abläufen führen sollten.

**Aber:**

**Neuer Doppelhaushalt – altes Problem.  
Wieder erfolgt die Rasenmähermethode.**

Frau Dr. Schäfer, wir dürfen Sie an ihre Aussage in der letzten Deputation zu den Haushaltsentwürfen 2016/2017 erinnern, Sie haben damals gesagt:  
**„Die PEP Quote bestehe seit den 90er Jahren. Aber man habe jetzt, auch im Hinblick auf die Aufgaben bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, einen Punkt erreicht, bei dem es fraglich sei, ob noch weiter Personal eingespart werden könne. Wenn Regelaufgaben nicht mehr in vollem Umfang durchgeführt werden können, müsse man nachsteuern.“**

Im Haushalt wurde nicht nachgesteuert, ganz im Gegenteil.

Die hier vorliegenden Haushaltsvoranschläge gehen erneut von pauschalen PEP-Quote von 1,6% aus, und darüber hinaus verpflichten sie uns dazu, alle im Zusammenhang mit der Wohnungsbaukonzeption und der Integration und Unterbringung von Geflüchteten geschaffenen Stellen wieder abzubauen.

Zusammen wird das ein Abbau von mehr als 30 Vollzeitstellen in den nächsten zwei Jahren sein.

Die Haushaltsentwürfe zeigen immer noch an keiner Stelle einen Aufgabenverzicht oder Standardreduzierungen. Das bedeutet, es wird erwartet, dass noch weniger Beschäftigte alle Aufgaben in gewohnt hoher Qualität und das nochmal schneller erledigen sollen.

### **Das ist nicht mehr möglich.**

Wenn sie die vorliegenden Haushaltsvoranschläge bestätigen, müssen sie es auch politisch vertreten, dass der Service und die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und unserer Stadt weiter eingeschränkt werden müssen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen stecken weiterhin tagtäglich in dem Dilemma, sich zwischen dem *eigenen Anspruch einen guten Service für die Bürgerinnen und Bürger zu leisten* und der eigenen Gesundheit entscheiden zu müssen.

Konstant geblieben in den Haushaltsvoranschlägen sind übrigens die Mittel für das betriebliche Gesundheitsmanagement – ganze 2.000,00 EUR pro Jahr, also rund 4,00 EUR pro Beschäftigten und Kalenderjahr.

**Diese Haushaltsvoranschläge werden den Krankenstand weiter nach oben schnellen lassen,**

**diese Haushaltsvoranschläge machen unsere Kolleginnen und Kollegen krank,**

**diese Haushaltsvoranschläge stellen keine Wertschätzung der täglichen Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen dar,**

**diese Haushaltsvoranschläge verfolgen ein falsches Ziel.**

Das muss ihnen bewusst sein, wenn sie diese Haushaltsvoranschläge bestätigen.

Der Personalrat  
beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

---

Mitglieder: Eberhard Mattfeldt (Vorsitzender), Niels Eichler, Susanne Hinterbauer, Brigitte Karbowski, Norbert König, Petra Koch, Andree Röpke, Bettina Schubert, Ulrich Stäcker

Adresse: Ansgaritorstraße 2, 28195 Bremen

E-Mail: [personalrat@bau.bremen.de](mailto:personalrat@bau.bremen.de) / [personalrat@umwelt.bremen.de](mailto:personalrat@umwelt.bremen.de)

Büro / Telefon: Ansgaritorstraße 11, G 01-02 / Tel. (0421) 361-9555